

Abweichung und Verrat!

Die Ablehnung von gesellschaftlichem Pluralismus in islamistischen und rechtsextremen Narrativen



Quelle: Rob Curran

Die Pluralisierung der Gesellschaft ist begrüßenswert, sie führt aber auch zu Konflikten und Verunsicherung. Extremistische Gruppierungen versuchen, davon zu profitieren, indem sie die Verunsicherung aufgreifen und antipluralistische Botschaften verbreiten. Die Expertise ermöglicht einen kritischen Umgang mit ausgewählten antipluralistischen Positionierungen islamistischer und rechtspopulistischer Gruppierungen, ergänzt durch Empfehlungen zum pädagogischen Umgang mit ihnen.

Der Pluralismus der Gesellschaft beschränkt sich nicht auf politische Fragen, beispielsweise in Bezug auf wirtschafts-, klima- oder sozialpolitische Grundsatzentscheidungen. Pluralismus

zeigt sich gerade auch in lebensweltlichen Bereichen, in denen es um individuelle Lebensentwürfe, Selbstverständnisse, sexuelle Orientierungen oder religiöse Bekenntnisse geht. In der jüngeren Vergangenheit waren es oft diese Themen, die in der Öffentlichkeit besonders kontrovers diskutiert wurden. Neben der Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Partnerschaften oder dem Umgang mit geschlechtersensibler Sprache in Politik und Medien zählt hierzu beispielsweise auch die Sichtbarkeit des Kopftuchs im öffentlichen Raum.

von Friedhelm Hartwig (modus I zad), Maral Jekta und Götz Nordbruch (RISE-Team)

Diese Kontroversen spiegeln eine zunehmende Pluralisierung individueller Lebenswelten, die die Verbindlichkeit von gesellschaftlichen Normen infrage stellt. So steht die zunehmende Sichtbarkeit und rechtliche Gleichstellung von homosexuellen Beziehungen für einen gesellschaftlichen Wandel, der mit der Auflösung von heterosexuellen Normen und damit auch mit Verunsicherungen verbunden ist. Schließlich geht mit der rechtlichen Anerkennung und Gleichstellung unterschiedlicher Lebensentwürfe auch die Infragestellung von Privilegien einher, die mit unhinterfragten Postulaten über eine heterosexuelle Norm (Heteronormativität) verbunden sind. Ähnlicher Widerstand verbindet sich mit Lebensentwürfen, die von einer vermeintlichen „christlichen Leitkultur“ abweichen und dabei auch gesellschaftlichen Wandel sichtbar machen.

Diese Verunsicherungen – auf individueller wie auf gesellschaftlicher Ebene –, die durch gesellschaftliche Öffnung und Pluralisierung ausgelöst werden, gelten in der sozial- und politikwissenschaftlichen Forschung als ein Hintergrund, vor dem die mobilisierende Wirkung von extremistischen Narrativen auch jenseits der politischen Ränder der Gesellschaft zu verstehen ist. Mit ihrem ideologischen Angebot einer „nostalgische[n] Schließung gegenüber der kulturellen Modernisierung“ (Merkel 2016, S. 12) versprechen sie eine Gemeinschaft, die den oder die Einzelne*n von den Herausforderungen im Umgang mit Unterschieden und Konflikten entlastet.

Dagegen zielen Bildungsangebote auf die Entwicklung von selbstbestimmten, urteils- und handlungsfähigen Menschen. Dies setzt die Anerkennung von unterschiedlichen Selbstverständnissen, Orientierungen und Lebensentwürfen und mithin von gesellschaftlichem Pluralismus voraus. So sensibilisieren Bildungsprozesse für unterschiedliche lebensweltliche Erfahrungen und gesellschaftliche Ungleichheiten, die sich in individuellen Lebensentwürfen widerspiegeln. Zugleich geht es darum, Handlungskompetenzen zu fördern, um (junge) Menschen im Umgang mit Unterschieden und Pluralismus und damit verbundenen Widersprüchen und Konflikten zu stärken. Mit diesen Zielsetzungen verbinden sich auch präventive Wirkungen, die dem Rückzug auf überhistorische Normen und homogenisierenden Gemeinschaftsangeboten vorbeugen.

Dieser Beitrag setzt sich mit der Bedeutung von Antipluralismus in islamistischen und rechtsextremen Ideologien auseinander und fasst zentrale Narrative (die Abgrenzung der Gemeinschaft nach außen, die Homogenisierung der Gemeinschaft nach innen sowie die Auseinandersetzung mit Geschlechterrollen als Ausdruck von gesellschaftlichem Wandel)

zusammen, die insbesondere in sozialen Medien verbreitet werden. Für das islamistische Spektrum wurden Videos ausgewertet, die in den vergangenen Monaten auf *YouTube*-Kanälen veröffentlicht wurden und sich als „Peripherie des religiös begründeten Extremismus (PrE)^[1]“ beschreiben lassen. Für das rechtsextreme Spektrum werden unterschiedliche Plattformen berücksichtigt, mit denen eine breitere Öffentlichkeit erreicht wird.

[Die ganze Expertise lesen \(https://demokratie.jff.de/expertise/pluralismus/thematische-einfuehrung/\)](https://demokratie.jff.de/expertise/pluralismus/thematische-einfuehrung/)

Einzelnachweise

1. „Die Peripherie des religiös begründeten Extremismus“ ist ein Arbeitsbegriff, der von modus|zad Monitoring Trendanalysen eingeführt wurde. Er fasst die im Projekt aufgenommenen islamistischen, salafistischen und hybriden Kanäle zusammen. Die Kanäle der hybriden Gruppe zeigen islamistische und salafistische Versatzstücke, sie lassen sich jedoch nicht eindeutig einer der beiden anderen Gruppen zuordnen.

CC BY-ND 4.0

[Creative Commons Lizenzvertrag](#)

Die Textteile (nicht die Bilder) des Artikels [Abweichung und Verrat!](#) von [Hartwig, Friedhelm; Jekta, Maral; Nordbruch, Götz](#) sind lizenziert mit [CC BY-ND 4.0](#).

Zitation

Hartwig, Friedhelm; Jekta, Maral; Nordbruch, Götz 2022: Abweichung und Verrat!. Im Rahmen des Projektes RISE - Plattform für Jugendkultur, Medienbildung und Demokratie Online verfügbar: <https://demokratie.jff.de/artikel/abweichung-und-verrat/>



Aus dem Projekt:

RISE

Jugendkulturelle Antworten auf islamistischen Extremismus

RISE ist ein Projekt des JFF – Institut für Medienpädagogik in Kooperation mit ufuq.de, Medienzentrum Parabol, Vision Kino und Jugendschutz.net. Es wurde gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien.

Online verfügbar: <https://demokratie.jff.de/artikel/abweichung-und-verrat/>

Der Aufbau der Plattform wurde in den Jahren 2019 bis 2021 gefördert durch die Beauftragte der Bundesregierung für Kultur und Medien. Seit 2024 wird diese Plattform gefördert durch das Bayerische Staatsministerium für Familie, Arbeit und Soziales.